

230 Jahre Haft

Die systematische Kriminalisierung von ‚boat driving‘

In einem bisher beispiellosen Akt der Kriminalisierung wird erstmals in der Europäischen Union ein junger Vater für den Tod seines Kindes auf der Flucht angeklagt. Er steht zusammen mit seinem Mitreisenden vor Gericht. Diesem droht eine lebenslange Haftstrafe, weil er das Boot gesteuert hat. Der Fall der sogenannten #Samos2 ist beispielhaft für ein Vorgehen gezielter Kriminalisierung von Migrierenden, die perfiderweise auch noch mit dem Schutz derselben Menschen gerechtfertigt wird. Von Julia Winkler

Am 8. November 2020 werden auf der griechischen Insel Samos zwei junge Männer verhaftet. Der 25-jährige Nasrat* und der 23-jährige Hasan sind noch keine 24 Stunden auf europäischem Boden. In der Nacht zuvor haben sie nur knapp ein Schiffsunglück überlebt. Gemeinsam mit 22 anderen Passagier*innen hatten die beiden die gefährliche Überfahrt von der Türkei nach Griechenland gewagt. Die meisten von ihnen waren zuvor aus Afghanistan geflohen. Hasan war mit seinen Geschwistern und seiner gehbehinderten Mutter unterwegs, Nasrat mit seinem 6-jährigen Kind. Keine*r der Passagier*innen war erfahren in der Seefahrt. Während der Überfahrt heißt es dann plötzlich, der Sprit neige sich dem Ende zu. In der Ferne sind da bereits die Umrisse der Insel Samos zu erkennen. Die Stimmung an Bord ist panisch. Nur noch ein bisschen und dann hätten sie es geschafft. Alle geben Richtungen vor, schreien Anweisungen. Hasan versucht so gut es irgendwie geht, das Boot mit dem verbleibenden Benzin so nahe wie möglich an die Insel heranzusteuern. Plötzlich erfasst eine Welle das Schlauchboot und schleudert es an die Felsen, alle Insass*innen gehen über Bord. Obwohl die griechische Küstenwache um 00.06 Uhr über den Notfall informiert wird, werden erst Stunden später Rettungs-



maßnahmen eingeleitet. Es ist 9 Uhr morgens, als sie Nasrats sechsjährigen Sohn und eine im neunten Monat schwangere Frau auf einem Felsen finden. Die Frau überlebt, für Nasrats Sohn kommt jede Hilfe zu spät. Er kann nur noch tot geborgen werden.

Die Verantwortung der Küstenwache ist mindestens unklar, offizielle Informationen zur Nacht widersprüchlich. Nasrat wird die griechische Küstenwache später dafür verklagen, die Rettung verzögert und keine Hilfe geleistet zu haben. Die verantwortlichen Behörden verhaften ihrerseits den völlig verzweiferten Vater noch am selben Tag. Nasrat wird verhört. Vom Schicksal seines Kindes weiß er bis dahin noch nichts, er glaubt es weiterhin vermisst. In der Zelle neben ihm ist Hasan. Direkt nach Ankunft hat die Küstenwache die traumatisierten Passagier*innen befragt: „Wer hat das Boot gesteuert?“ Hasans Schwester gab, fast ein wenig stolz, ihren Bruder zu Protokoll. Keiner*m der Überlebenden ist zu diesem Zeitpunkt klar, dass Europa sie dafür vor Gericht stellen wird.

*Prozess gegen einen
boat driver in
Griechenland, 2022
(Foto: Julia Winkler)*

Man klagt Nasrat der „Kindeswohlgefährdung“ an. Weil er seinen Sohn wissentlich einem tödlichen Risiko ausgesetzt habe, heißt es. Das sei das Gesetz, sagen sie. Hasan wird der 23-fachen „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ angeklagt, mit den erschwerenden Umständen der „Gefährdung des Lebens von 23 Personen“ und der „Verschuldung des Todes von einer Person“ – Nasrats Sohn.

Der Preis ist mörderisch hoch

Was die Beamt*innen schulterzuckend mit „das ist das Gesetz“ rechtfertigen, stellt in Wirklichkeit eine bisher beispiellose Eskalation der Kriminalisierung Schutzsuchender dar. Nach bisherigem Erkenntnisstand ist die Anklage gegen Nasrat der erste Fall in Europa, bei dem ein Elternteil für den Tod seines*ihres Kindes auf der Flucht verantwortlich gemacht wird. Schon vorher gab es Schiffbrüche in der Ägäis, schon vor Nasrat haben Eltern dabei Kinder verloren; 2015 ging das Bild Alan Kurdis um die Welt. Damals gab es einen internationalen Aufschrei, die Trauer des Vaters, der als einziges Familienmitglied überlebte – kaum vorstellbar. „Die Menschen dürfen nicht wegsehen, was Schreckliches passiert auf dem Weg nach Europa, nur weil man uns vorher kein Visum geben will. Jedes Mal, wenn ich wieder höre, dass ein Boot untergegangen ist, fange ich an zu weinen“, so Abdullah Kurdi, der Vater von Alan Kurdi. Die Forderung nach legalen und insbesondere sicheren Einreisewegen wurde für einen kurzen Moment lauter. Ein paar Jahre später wird einem Vater in der gleichen Situation die Schuld am Tod seines Kindes gegeben. Das ist nicht nur pietätlos und grausam, sondern kommt einer de facto-Kriminalisierung von Flucht gleich. Denn nach Europa zu flüchten bedeutet, sich selbst und die eigenen Kinder unausweichlich in Gefahr bringen zu müssen, denn auch Jahre nach dem Tod fast aller Mitglieder der Familie Kurdi und vieler weiterer Menschen bleiben Flüchtenden legale Einreisewege verwehrt. Im Gegenteil: Menschen werden systematisch und unter Anwendung massivster Gewalt an der Einreise gehindert und, sollten sie es doch lebend an Land schaffen, illegal zurückgepusht, gerade in Griechenland. Routen werden immer unüberwindbarer und gefährlicher – und das ist die Schuld und bewusste

Entscheidung europäischer Politiker*innen, und nicht die eines Vaters, der für sich und seine Kinder ein besseres Leben sucht. Es handelt sich bei der Anklage demnach auch um eine Täter-Opfer-Umkehr, bei der die Schuld von den Täter*innen auf die Betroffenen abgewälzt wird.

Der angeklagte Vater hat inzwischen Asyl in Griechenland erhalten – dementsprechend hat er selbst nach Europas Gesetzen und Maßstäben das Recht, dort zu sein. Der Preis, den er zahlen musste, um Zugang zu diesem Recht zu bekommen, war mörderisch hoch.

Einreise oft härter bestraft als Mord

Während Nasrats Fall der erste seiner Art ist, steht Hasan paradigmatisch für eine Kriminalisierungspraxis von weit größerem Ausmaß. Seit Jahren werden an Europas Seegrenzen in großem Stil Menschen systematisch dafür verhaftet, das Boot, also das Fluchtgefährt, gesteuert zu haben, und wegen „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ angeklagt und inhaftiert. Die meisten werden unmittelbar nach ihrer Ankunft verhaftet und haben keinen Zugang zu einem angemessenen Rechtsbeistand, geschweige denn zu Unterstützung von außen. 2019 waren in Griechenland 1.905 Personen wegen „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ inhaftiert und stellten damit die zweitgrößte Gruppe aller in Griechenland inhaftierten Personen dar. In Italien bezifferte das italienische Justizministerium im März 2022 die Anzahl der derzeit Inhaftierten auf 962. Die Schätzzahlen derer, die dort seit 2013 wegen (angeblichem) Steuern des Bootes verhaftet wurden, liegen insgesamt bei 2.500. In Großbritannien greift die Regierung seit 2019

**„wenn ein Boot
untergegangen ist, beginne
ich zu weinen“**

auf diese Praxis zurück, nachdem sie in diesem Jahr einen Anstieg der Ankünfte über den Ärmelkanal verzeichnete. Es wird von etwa 20 Menschen ausgegangen, die seitdem dort inhaftiert wurden. Die Strafe soll im Zuge der neuen *Nationality and Borders Bill* auf lebenslange Haft erhöht werden. In Italien reichen die Strafen von zwei bis 20 Jahren, mitunter auch lebenslänglich. In Griechenland gibt es besonders drakonische Strafen. „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ wird dort oftmals härter bestraft als Mord. Die Haftstrafe wird je nach Anzahl der transportierten Personen bei ‚einfacher‘ Beförderung mit bis zu zehn

Jahren pro Person berechnet. Im Falle erschwerender Umstände wie etwa der „Gefährdung von Menschenleben“ (wenn es etwa zu einem Schiffsunglück kommt oder auch generell bei Transport in einem unsicheren Boot), sind es pro Person mindestens zehn Jahre. Falls jemand umkommt, gibt es dafür lebenslang – je verstorbener Person. So lautet die Rechnung für Hasan 230 Jahre plus lebenslänglich.

Sündenböcke europäischer Grenzgewalt

Die Europäische Union (EU) fährt sowohl in der Praxis als auch diskursiv schwere Geschütze auf, wenn es um die „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ beziehungsweise Schmuggel geht. Tausende Menschen sind so bereits für viele Jahre hinter die Gitter europäischer Knäste gewandert. Dass es dabei mitnichten, wie vorgegeben, darum geht, ‚rücksichtslosen Kriminellen‘ das Handwerk zu legen, um Flüchtende zu schützen, wird nicht nur dadurch ersichtlich, dass das Wohlergehen der Betroffenen für die EU an keiner anderen Stelle eine Rolle spielt. Während Griechenland etwa in offiziellen Stellungnahmen den schändlichen Umgang der Schmuggler*innen mit Schutzsuchenden verurteilt, werden gleichzeitig dieselben Schutzsuchenden von griechischen Sicherheitskräften ins Meer geworfen. Ginge es wirklich um den Schutz Flüchtender, würde man dafür sorgen, dass sich Menschen erst gar nicht in die Abhängigkeit Dritter und auf gefährliche Routen – wie etwa die über das Mittelmeer – begeben müssten. Aktuell wird am Beispiel der Ukraine-Geflüchteten wieder besonders deutlich, wie selbstverständlich und stellenweise gar heldenhaft die Hilfe bei der Ein- und Weiterreise angesehen werden kann, sofern es politisch opportun ist und es sich um Menschen handelt, die in der Europäischen Union nicht grundsätzlich unerwünscht sind.

Im Falle derer jedoch, deren Ankunft Europa um jeden Preis verhindern will, fungiert der beinahe mantraartige Verweis europäischer Behörden auf die „kriminellen Banden“, die „die Leben von Menschen auf schwer beladenen, nicht-navigierbaren Booten“ gefährden, als Diskreditierungsversuch und Ablenkungsmanöver zugleich. So wird die Beihilfe zur Einreise grundsätzlich als kriminell stigmatisiert und so das rigorose Vorgehen dagegen legitimiert, sowie der Fokus hinsichtlich der Frage nach Verantwortung und Schuld für das Sterben und Leiden der Menschen auf der Flucht von europäischer Politik weg allein auf die Schmuggler*innen gelenkt.

Free the #Samos2

Am 18. Mai 2022 fand der Prozess gegen Humran und Nasrat auf Samos statt. Zu ihrer Unterstützung hat sich die Kampagne *Das wahre Verbrechen ist das Grenzregime – Freiheit für die Samos2* geformt. Organisationen und Gruppen in ganz Europa fordern das Fallenlassen der Anklagen gegen Nasrat und Humran, Freiheit für alle, die wegen des Steuern eines Bootes inhaftiert sind, und ein Ende der Kriminalisierung von Migration und der Inhaftierung von Schutzsuchenden. Auf der Website freethesamos2.com finden sich alle Infos zum Fall und die Möglichkeit, die beiden bei den Gerichtskosten zu unterstützen.

Anmerkung der Redaktion (Stand 20. Mai 2022): Die Kampagne <kursiv>Freiheit für die Samos2</kursiv> war erfolgreich. Das griechische Gericht hat Nasrat freigesprochen. Humran erhält ein Jahr und fünf Monate auf Bewährung.



Massenhaftes Inhaftieren soll Abschrecken

Die eigentliche Absicht hinter den zahllosen Verhaftungen wegen ‚Schmuggels‘ wird jedoch auch insbesondere durch den Umstand offenbar, dass es sich beim Großteil der Festgenommenen um die Menschen handelt, die die EU vorgibt, schützen zu wollen. Sie steuern das Boot, weil eine*r eben das Boot steuern muss; manche – so wie Hasan – steuern es, weil der Schmuggler nach der Hälfte der Strecke das Boot verlassen hat, um nicht verhaftet zu werden; andere steuern es, weil sie nicht genügend Geld für die Überfahrt (oder die ihrer Familie) haben und im Gegenzug weniger bezahlen müssen; wieder andere steuern es, weil sie mit gezogener Waffe und Gewalt dazu gezwungen werden. Doch auch dann, wenn andere Mitreisende diese Umstände vor Gericht bezeugen, gar angeben, dass sie der*m Angeklagten ihr Leben verdanken, selbst wenn Beschuldigte mit Kindern, Eltern und Geschwistern reisen, auch dann und trotz fehlender gegenteiliger Beweise, folgt in der Regel der Schuldspruch. Hinzu kommt, dass in zahlreichen Fällen Menschen komplett willkürlich beschuldigt und verhaftet werden (wie etwa im Fall von *#FreeAmirAndRazul*); etwa dann, wenn Polizei und Küstenwache nicht sicher sagen können, wer das Boot tatsächlich steuerte oder, wie Überlebende in



Julia Winkler
ist Mitinitiatorin der
Kampagne für die
#Samos2. Sie ist Teil
von *borderline-eu-*
rope und arbeitet vor
allem zur *Kriminali-*
sierung von (Beihilfe
zur) Migration.

einem Fall auf den Kanarischen Inseln schilderten, dass das Boot tagelang auf dem Atlantik gedriftet war und die Flüchtenden die Leichen der nach und nach versterbenden Mitfahrer*innen, inklusive der des ‚Steuermanns‘, über Bord geworfen hatten. Nicht das Sterben auf dem Mittelmeer, nicht die Gewalt gegen oder die Ausbeutung von Schutzsuchenden, sondern ihre Ankunft ist das, was der europäische Staatenverbund und seine Mitglieder bekämpfen. Wer das Boot am Ende wie fährt – jemand, die*der damit Geld verdient, ob Helfende*r oder selbst Flüchtende*r – ist der EU dabei letztlich egal. Was für sie zählt ist, dass keine*r mehr kommt. Und eine Methode dafür ist, dafür zu sorgen, dass sich ja niemand mehr traut, ein Boot mit Migrierenden an Bord zu steuern oder diese auch nur aus Seenot zu retten. Das primäre Ziel ist und bleibt Abschreckung.

Auch im Fall der #Samos2 wird das Offensichtliche zusätzlich von Aussagen des Vaters und weiterer Passagier*innen untermauert, die bei Hasan keine Verantwortung sehen. „Egal wie oft sie es wiederholen, den ‚Fahrer‘ trifft keine Schuld. (...) Er hat nichts falsch gemacht, er ist nicht schuld. Ich habe nur eine Bitte: Ich möchte, dass diese Person freigelassen wird“, so Nasrat.

Auf dem Grabstein seines Sohnes, der auf Samos begraben liegt, steht zu lesen: „Es war nicht das Meer, es war nicht der Wind, es ist die Politik und die Angst.“ <

**Zum Schutz der Person wurde der Name geändert.*